

A24NEU Feministisch ins Superwahljahr 2021!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

Antragstext

1 Feministisch ins Superwahljahr 2021!

2 Egal ob auf Bezirks-, Landes- oder Bundesebene - Unsere queerfeministischen
3 Kämpfe müssen überall und radikal geführt werden, um das Patriarchat endlich zu
4 überwinden.

5 Feminismus - queer, intersektional und trans*inklusiv.

6 Die GRÜNE JUGEND Berlin setzt sich für die Anerkennung und
7 Gleichstellung/berechtigung aller Geschlechtsidentitäten und sexuellen
8 Orientierungen ein. Wir kämpfen für die Rechte auf sexuelle und körperliche
9 Selbstbestimmung von Frauen, Inter, nicht-binär und Trans*-Personen.

10 Ein Feminismus, der FINT*-Gruppen von dem Recht auf sexuelle und körperliche
11 Selbstbestimmung ausschließt, ist für uns kein Feminismus.

12 Wir positionieren uns klar gegen TERFs (trans-exclusionary radical feminists)
13 und solidarisieren uns mit Sexarbeiter*innen.

14 Rechte auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung

15 • Misogyne Gesetze sollen Personen mit Uterus in unterdrückten Rollen halten
16 und patriarchale Strukturen aufrechterhalten. Daher fordern wir allen
17 FINT*-Personen das Recht über ihren eigenen Körper uneingeschränkt zu
18 gewähren. Das Recht, eine Schwangerschaft abzubrechen, ist Teil der
19 sexuellen und körperlichen Selbstbestimmung.

20 • Sicherer Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gehört zur medizinischen
21 Grundversorgung und muss auch in Krisenzeiten zugänglich sein.

22 • - Die Beratungspflicht und die Wartezeit müssen ab sofort und für den
23 kommenden Zeitraum ausgesetzt werden. Das Beratungsrecht muss immer und
24 kontaktlos gewährleistet werden.

25 • - Wir brauchen niedrigschwellige und unbürokratische Lösungen für die
26 Kostenübernahme (z.B. Online-Anträge für Kostenübernahme bei den
27 Krankenkassen).

28 • - Der sogenannter Home-Use von medikamentösen Schwangerschaftsabbrüchen
29 mit telemedizinischer Begleitung muss geprüft und gegebenenfalls erlaubt
30 werden (nach Richtlinien der WHO)

31 • Schwangerschaftskonfliktberatungen sind wichtig und gut, wenn sie nicht
32 verpflichtend sind. Beratungsstellen, die nachweislich keine
33 ergebnisoffene Beratung anbieten, sollten überprüft werden. Die
34 Beratungsstellen im Land Berlin müssen ergebnisoffen sein und dürfen nicht

35 von Abtreibungsgebner*innen durch ideologische Beratung vereinnahmt
36 werden.

- 37 • Was mit dem Inhalt eines Uterus passiert, geschieht auch mit dem
38 zugehörigen Körper. Das Recht der Schwangeren Person auf ein
39 selbstbestimmtes Leben und sexuelle Selbstbestimmung darf unter keinen
40 Umständen beschränkt werden. Wir fordern die Streichung von §218 und §219
41 aus dem Strafgesetzbuch.
- 42 • Sowohl medikamentöse als auch operative Abbrüche müssen als Kassenleistung
43 und ohne Einschränkung von diesen übernommen werden. Der Zugang zu
44 sicheren Schwangerschaftsabbrüchen darf keine Frage des Geldbeutels sein!
- 45 • Wir fordern eine Auseinandersetzung mit etwaigen Versorgungsdefiziten in
46 Berlin und Umgebung. Um eine flächendeckende Infrastruktur in ganz
47 Deutschland zu gewähren, sollte eine Kooperation und Unterstützung der der
48 Infrastruktur in den umliegenden Bundesländern geprüft werden. Die
49 Finanzierung von ausreichend vielen qualifizierten Beratungsstellen muss
50 das Land Berlin langfristig sichern.
- 51 • Solange die Beratungspflicht nicht abgeschafft ist, muss eine
52 flächendeckende Beratungsinfrastruktur gewährleistet sein.
- 53 • Schwangerschaftsabbruch in die medizinische Lehre, Praxis sowie
54 Gesundheitsforschung integrieren, um die Versorgungssituation und
55 Wissensstände zu verbessern.

56 Antirassistisch und intersektional

- 57 • „Die „Pro-Choice“ Bewegung, gerade im deutschen Kontext, bezieht sich
58 häufig nur auf das Recht einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen.
59 Dabei wird außer Acht gelassen, dass für BIPOC, queere Personen oder
60 be_hinderte Menschen die Verknüpfung von pro-choice mit dem Recht auf
61 Abtreibung oft zu kurz greift.
- 62 BIPOC, queere und be_hinderte Menschen mit Uterus erfahren insbesondere
63 Diskriminierung im Zusammenhang mit sexueller und körperlicher
64 Selbstbestimmung, die über einen versperrten Zugang zu
65 Schwangerschaftsabbrüchen hinausgeht. Die mangelhafte gesundheitliche
66 Versorgung, Kriminalisierung ihrer Schwangerschaft oder eines
67 Familiengründungswunsches und Drängen zur Schwangerschaft, sind weitere
68 Beschneidungen von sexuellen Selbstbestimmungsrechten. Die GRÜNE JUGEND
69 Berlin unterstützt das aus der Schwarzen feministischen Bewegung stammende
70 Konzept „Reproductive Justice“, um die Perspektiven außerhalb der weißen,
71 hetreonormativen und able-bodied Norm sichtbar zu machen.“
- 72 • Der Kampf für sexueller Selbstbestimmung muss antirassistisch und
73 intersektional gedacht und geführt werden. Wir müssen uns von Denk- und
74 Handlungsmustern des weißen Feminismus emanzipieren.
- 75 • Neutralitätsgesetz muss abgeschafft werden

76 Patriarchale Wissenschaft, Forschung und Bildung überwinden

- 77 • Die Forschung und Wissenschaft darf nicht länger von der cis-männlichen
78 Sichtweise und der cis-männlichen, heteronormativen "Norm" dominiert
79 werden.
- 80 • Schul- und Medizinbücher müssen die Klitoris aufnehmen und abbilden.
81 Bildungseinrichtungen müssen zur Enttabuisierung der vermeintlich
82 „weiblichen“ Geschlechtsorgane und Lust beitragen. Das Thema sexuelle
83 Aufklärung muss eine größere Rolle in der Schule spielen.
- 84 • Solange in Schulbüchern immer noch von „Schammlippen“ die Rede ist, werden
85 sich auch weiterhin Menschen für ihre Vulva schämen. Daher „Vulvalippen“
86 in den Duden!
- 87 • Thematisierung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Berliner
88 Bildungseinrichtungen. Queere Aufklärungsprojekte sollten stärker
89 staatlich gefördert werden.

90 Datenerfassung - Gender Data Gap überwinden

- 91 • Die geschlechterbezogene Lücke in wissenschaftlichen Daten, Gender Data
92 Gap muss überwunden werden. Sie ist Grundlage für ganz alltägliche Folgen
93 einer Politik, die aus einer cis-männlichen Perspektive gemacht wurde und
94 wird.

95 Geschlechtergerechtigkeit im Gesundheitssystem überwinden

- 96 • Kostenlose Verhütungsmittel für alle. Die Bereitstellung dafür soll durch
97 Gesundheitsämter und Apotheken gewährleistet sein.
- 98 • Die Menstruation ist kein Luxus. Die Absenkung der Mehrwertsteuer von 19%
99 auf 7% ist ein erster Schritt gewesen. Doch langfristig sollen Steuern auf
100 Menstruationsprodukte komplett abgeschafft werden. Kostenlose
101 Zurverfügungstellung von Menstruationsprodukten auch in öffentlichen
102 Einrichtungen (z.B. an öffentlichen Toiletten und in den Berliner
103 Gesundheitsämtern sowie an Apotheken)
- 104 • Paritätische Besetzung und damit eine FINT*quote für Führungspositionen
105 und Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens, in den Vorständen der
106 Krankenkassen, Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen.
- 107 • Forschungsgelder gerecht verteilen. Dabei sollen sowohl Projekte von
108 Forscher*innen als auch Forschungsvorhaben, die sich explizit mit
109 FLINT*gesundheit oder der Gesundheitsversorgung von trans Personen
110 beschäftigen besonders berücksichtigt werden.
- 111 • Feministische Medizinkritik soll außerdem fester Bestandteil im
112 Medizinstudium werden.

113 Digitale Gewalt

- 114 • Berlin muss Beratungsangebote für Betroffene sexualisierter Online Gewalt
115 schaffen.
- 116 • Der zunehmenden Hasskriminalität im Internet muss stärker nachgegangen
117 werden.

118 Catcalling

- 119 • Verbale sexuelle Belästigung (Catcalling) ist bisher in Deutschland kein
120 eigener Straftatbestand. Es wird Zeit Catcalling gesetzlich strafbar zu
121 machen, z.B. Catcalling Fälle als Straftat zu ahnden.
- 122 • Auch Stalking soll Straftatbestand werden.

123 Femizide

- 124 • Ein Femizid ist keine "Beziehungstat" oder "Eifersuchtsdrama", es handelt
125 sich schlichtweg um einen Mord an einer Frau, weil sie eine Frau ist.
126 Femizide sind ein großes Problem, trotzdem wird nicht angemessen darauf
127 reagiert. Jeden Tag versucht ein Mann seine Partnerin oder Ex-Partnerin
128 umzubringen. An jedem dritten Tag gelingt das. 2019 endete Gewalt gegen
129 Frauen 111 mal tödlich. Femizide müssen auch aus einer innenpolitischen
130 Perspektive gesehen werden.
- 131 • Gemäß der Istanbul Konvention "Übereinkommen des Europarats zur Verhütung
132 und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt", die seit
133 Anfang Februar 2018 in Deutschland gilt, müssen Betroffene von
134 geschlechtsbezogener Gewalt jeder Form geschützt und als Straftat
135 eingestuft werden. Wir fordern diese auch in Deutschland endlich
136 konsequent umzusetzen! Der polnische und türkische Austritt aus der
137 Istanbul Konvention ist nicht mit europäischen Werten vereinbar.
- 138 • Trennungstötungen dürfen nicht milder bestraft werden, wie es aktuell oft
139 der Fall ist. Die Schwere eines Femizids muss anerkannt werden.

140 Sexualisierte und häusliche Gewalt

- 141 • Flächendeckende Infrastruktur an Einrichtungen und Beratungsstellen für
142 Betroffene von sexualisierter und häuslicher Gewalt in Berlin.
- 143 • Rechtsanspruch auf Hilfe und Unterstützung bei geschlechtsspezifischer
144 Gewalt

145 → Berlin braucht ausreichend Frauenhausplätze und individuelle finanzielle
146 Unterstützung. Hier muss es auch Angebote für trans Personen geben

147 Gender Budgeting

148 Finanzen

- 149 • Alle öffentlichen Gelder müssen z.B. nach dem Prinzip des Gender Budgeting
150 konsequent geschlechtergerecht verteilt werden. Bei der Umsetzung des

151 Gender Budgeting muss darauf geachtet werden, dass dies nicht zu einer
152 Verfestigung des binären Systems führt. FINTA*-Personen und marginalisiert
153 Gruppe gezielt fördern.

154 • Gender Pay Gap schließen

155 • Ehegattensplitting abschaffen

156 Queerfeministische Politik

157 • Die Perspektive von FINT*-Personen muss in allen Bereichen nach dem
158 Prinzip des Gender Mainstreaming mitgedacht und einbezogen werden. Egal ob
159 in der Stadtplanung, bei der Mobilitätspolitik oder in der
160 Gesundheitspolitik! Die Umsetzung des Gender Mainstreaming darf jedoch
161 nicht dazu führen, das bestehende binäre System zu verfestigen. Vielmehr
162 muss darauf geachtet werden, dass bei der Umsetzung auf alle
163 Geschlechtsidentitäten Rücksicht genommen wird.

164 Lohnarbeit, Prekäre Arbeitsbedingungen und Care-Arbeit

165 • Care-Berufe, die vor allem FINT*-Personen ausüben, brauchen bessere
166 Arbeitsbedingungen. Jede dritte Frau arbeitet im Fürsorgebereich.
167 Erzieher*innen, Hebammen, Kranken- und Altenpfleger*innen brauchen ein
168 angemessenes Mitspracherecht, mehr Gehalt, mehr Personal und eine
169 Arbeitszeitverkürzung im Pflegebereich.

170 • Frauen* und Queers übernehmen weiterhin den Großteil der nicht entlohnten
171 Sorge-, Erziehungs- und Haushaltstätigkeiten. Diese Doppelbelastung wird
172 bisher nicht entlohnt und ist häufig unsichtbar. Care-Arbeit von FINT*-
173 Personen muss endlich als systemrelevant angesehen und entlohnt werden
174 (z.B. über das Bedingungslose Grundeinkommen.)

175 Altersarmut

176 • Rentnerinnen haben eine 53% geringere Rente als Rentner. Altersarmut ist
177 weiblich. Wir fordern ein gerechteres Rentensystem beispielsweise durch
178 eine bedingungslose Grundrente!

179 • Das Armutsrisiko Alleinerziehender ist doppelt so hoch wie im Durchschnitt
180 der Bevölkerung. Unter 1,5 Mio Alleinerziehenden in Deutschland sind 90%
181 Frauen* - Alleinerziehende brauchen mehr Unterstützung!

182 • FINT*-Personen arbeiten häufiger in Teilzeit, im Niedriglohnsektor und
183 leisten mehr unbezahlte Care-Arbeit und arbeiten häufig in prekären
184 Arbeitsverhältnissen.